

Bundesratsbeschluss vom 19. Februar 1904 .

---

Chiff. Telegramm  
 sped. 19. /II/1904  
 1 Uhr 30.

Schweizerische Gesandtschaft ,      B E R L I N .

---

Wir ersuchen Sie, Herrn von Richthofen in höflichster Form folgendes zu erwiedern :

Der Bundesrat hoffte, dass die Kaiserliche Regierung seine Note vom 22. Januar beantwortet werde, um zu den unverbindlichen Erklärungen von Koerners Stellung zu nehmen und uns wenn möglich weitergehende Zusicherungen in verbindlicher Form zu machen .

Das Frankfurter Protokoll nimmt im Schlusssatz ausdrücklich weitere Annäherung auf dem Wege diplomatischer Korrespondenz in Aussicht und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es so gelingen werde, eine Basis für weitere Unterhandlungen zwischen den Delegationen herzustellen . Der Bundesrat hat diesen Weg beschritten und der Kaiserlichen Regierung seine Ansicht über die Frankfurter Erklärungen mitgeteilt . Vorderhand kann er sich nicht weiter aussprechen, bevor er weiss, was uns die Kaiserliche Regierung bestimmt zusichern kann .

Man war übereingekommen, sich in Frankfurt die äussersten Limiten mitzuteilen . Statt dessen waren die Erklärungen von Koerners äusserst reserviert und wurden sogar teilweise von Berlin aus als zu weit gehend bezeichnet. Laut Ihrem Bericht erklärt Herr von Richthofen selbst, dass deutscherseits nicht das letzte Wort gesprochen worden sei .

Unsere Note vom 22. Januar äussert sich, soweit dies dem Bundesrat zurzeit möglich war, über diejenigen Vorschläge Deutschlands, welchen wir nicht zustimmen können . Wir hätten zunächst eine Antwort auf diese Note erwartet und glauben einen Anspruch hierauf zu haben . Wenn aber Deutschland zuvor eine nochmalige Zusammenkunft wünscht, so ist der Bundesrat gerne bereit, dazu Hand zu bieten, in der Voraussetzung, dass bei diesem Anlasse von Seiten Deutschland weitergehende Zusicherungen als Basis für eine zweite Lesung gemacht werden können .

Unsere Unterhandlungen mit Italien beginnen am 1. März und wir müssen daran festhalten, dass dieselben nicht verschoben werden . Die Herren Künzli und Frey müssen daher spätestens am 26. Februar abreisen . Eventuell könnten die Besprechungen mit den deutschen Delegierten in Rom stattfinden . - Brief folgt .

H A N N E L .

